

Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bleibt unser Ziel

Dr. Hans-Jochen Vogel, geb. 1926 in Göttingen, studierte nach dem Wehrdienst (1943 bis 1945) Rechtswissenschaften in Marburg. Seit 1952 war er in verschiedenen Ämtern im bayerischen Justizdienst tätig. Von 1960 bis 1972 war er Oberbürgermeister von München. Anschließend war er Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau; seit 1974 Bundesminister der Justiz. 1981 wurde er zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Seit März 1983 ist er Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag und seit Mai 1984 stellvertretender Vorsitzender der SPD.

Am 25. Januar 1987 entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über den Zukunftsentwurf für unser Land. Es geht darum, ob die Chancen genutzt werden, eine Zukunft für alle zu gestalten. Die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien sind unmittelbar berührt. Sie müssen deshalb genau prüfen können, wer ihre Sache vertritt. Schon deshalb ist es zu begrüßen, daß der DGB auch zu dieser Bundestagswahl Prüfsteine vorgelegt hat.

Die Grundaussagen des DGB stimmen mit unseren Zielen überein. Gewerkschaften und Sozialdemokraten kämpfen seit mehr als einem Jahrhundert gemeinsam für die Interessen der Arbeitnehmer. In diesem Ziel wissen wir uns weiter mit dem DGB einig. Politik für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Politik für morgen - dafür kämpft auch die SPD

Initiativen für eine andere Politik

Am Beginn der nun auslaufenden Legislaturperiode hatte ich für die SPD im Deutschen Bundestag erklärt, wir würden Opposition betreiben, nicht Obstruktion. Dies haben wir in den vergangenen Jahren getan. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in vielen Bereichen Initiativen für eine andere Politik ergriffen. Auf der Grundlage unseres Gesellschaftsverständnisses haben wir auf den zentralen Feldern der Friedenspolitik, der Überwindung der Arbeitslosigkeit, des Friedens mit der Natur, der Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und der Wahrung der inneren Liberalität unsere Konzepte und Initiativen entwickelt.

Unser Kampf für eine andere Politik konnte aber nicht verhindern, daß die Bundesregierung und die sie tragende Koalition eine Politik der Spaltung und des Ausgrenzens von Minderheiten betrieben hat. Wir konnten nicht verhindern, daß die Koalition in gravierender Weise gegen die Gebote der sozialen Gerechtigkeit verstoßen und den sozialen Frieden gefährdet hat. Sie hat die Schwachen mit den schmalen Schultern zusätzlich belastet und die Stärkeren mit den breiteren Schultern geschont, ja entlastet. Ich erinnere nur an das empörende Unrecht gegenüber den sogenannten Trümmerfrauen einerseits und die Senkung der Vermögenssteuer andererseits. Die Koalition hat weiter mit der Änderung des Streikparagraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes ohne jede Not einen schweren Sozialkonflikt vom Zaun gebrochen. Ihre Absicht war dabei, das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zum Nachteil der Arbeitnehmer zu ändern.

Wir Sozialdemokraten kämpfen dafür, daß nach dem 25. Januar 1987 wieder eine Politik für alle Bürgerinnen und Bürger gemacht wird. Wir wollen die Fähigkeiten, Kenntnisse und Begabungen der Menschen zusammenführen für

- Frieden und Sicherheit durch Abrüstung und Entspannung;
- Arbeit für alle durch eine Modernisierung der Wirtschaft und eine gerechtere Verteilung der Arbeit;
- sozialen Frieden durch mehr Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität;

- eine lebenswerte Umwelt durch eine ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft;
- die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern durch eine neue Partnerschaft;
- eine lebendige Demokratie durch Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung und
- eine offene Gesellschaft auch durch einen leistungsfähigen und bürgernahen Staat.

In diesen Zielen wissen wir uns mit dem DGB einig. Für diese Ziele werden wir gemeinsam kämpfen.

Arbeit schaffen - Umwelt schützen

Im März 1983 hatten die Wähler dem Motto der CDU/CSU „Den Aufschwung wählen“ vertraut. Heute warten über 3,3 Millionen Menschen auf Arbeit: 2 Millionen sind bei den Arbeitsämtern registriert; 1,3 Millionen haben es aufgegeben, sich arbeitslos zu melden. Wenn die beschäftigungspolitischen Weichen nicht neu gestellt werden, wird die Massenarbeitslosigkeit bis weit in die neunziger Jahre hinein Realität bleiben.

Wir Sozialdemokraten finden uns mit Massenarbeitslosigkeit nicht ab. Massenarbeitslosigkeit bedeutet soziales Abseits für die Betroffenen und gesamtgesellschaftliche Kosten in Höhe von 55 Milliarden Mark. Deshalb treten wir mit dem DGB für ein beschleunigtes qualitatives Wachstum ein. Wir wollen die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die ökologische Erneuerung unserer Industriegesellschaft gemeinsam angehen. Unser Vorschlag, ein Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ zu schaffen, ist dafür ein erster und wesentlicher Schritt. Mit diesem Sondervermögen wollen wir im Zeitraum von 10 Jahren stark verbilligte Investitionskredite in Höhe von 20 Milliarden D-Mark pro Jahr zusätzlich mobilisieren. Damit können hunderttausende arbeitslose Menschen in Arbeit und Einkommen gebracht werden. Gleichzeitig wird die lebensbedrohende Gefährdung unserer Umwelt gestoppt und der Raubbau an den natürlichen Lebensgrundlagen beendet.

Die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion zur Schaffung dieses Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“ ist im Oktober 1986 am Widerstand von CDU/CSU/FDP gescheitert. Wir Sozialdemokraten halten aber daran fest und werden auch im 11. Deutschen Bundestag eine entsprechende Initiative einbringen.

Zur Finanzierung des Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“ wollen wir einen Zuschlag auf den Energieverbrauch einführen. Außerdem setzen wir uns für die Einführung einer zeitlich befristeten Ergänzungsabgabe ein. Diese Abgabe in Höhe von fünf Prozent der Körperschaftssteuerschuld und der Einkommenssteuerschuld soll bei zu versteuernden Jahreseinkommen über 60 000 DM für Ledige und 120 000 DM für Verheiratete erhoben werden.

Wir halten es für ein Gebot der Gerechtigkeit, denjenigen höher verdienenden Bürgern vorübergehend Opfer abzuverlangen, die im Gegensatz zur breiten Schicht der kleineren und mittleren Einkommensbezieher bisher keinen Solidarbeitrag geleistet haben. Zudem setzen wir uns für die Rücknahme der Vermögenssteuersenkung und der verkürzten Abschreibungsfristen für Betriebsgebäude ein. Auch dies erweitert den finanziellen Spielraum für eine beschäftigungsorientierte Politik.

Im Unterschied zu den Wahlprüfsteinen des DGB wollen wir zur Finanzierung der notwendigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen nicht auf die für 1988 beschlossene zweite Stufe der Steuerreform verzichten. Wir wollen vielmehr diese zweite Stufe kostenneutral umgestalten: Die stärkere Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen soll durch Verminderung der Steuersenkung für hohe Einkommen finanziert werden. Dies führt nicht nur zu mehr Steuergerechtigkeit, sondern auch zu einer Stärkung der Verbrauchernachfrage und damit zur notwendigen beschäftigungspolitischen Belebung. Eine Erhöhung der Neuverschuldung halten wir Sozialdemokraten nicht für erforderlich. Wir wollen auch die Gesamtsteuerbelastung auf dem seit Jahrzehnten konstanten Niveau halten.

Mit dem DGB treten wir für zusätzliche Initiativen gegen die Arbeitslosigkeit auch durch aktive Arbeitsmarktpolitik ein. Wir fordern, die Instrumente der Arbeitsmarktpolitik gezielter zur Unterstützung der Beschäftigungspolitik einzusetzen.

Mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wollen wir für bestimmte Gruppen und in strukturschwachen Regionen mehr Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eröffnen. Mehr Fortbildung und Umschulung für Arbeitssuchende, besonders auch für Frauen, wollen wir durch einen umfassenden Ausbau der Weiterbildung und durch ein Programm zur Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben erreichen.

Wir halten daran fest: Jede junge Frau und jeder junge Mann muß eine berufliche Chance erhalten. Der Bund muß zusammen mit den Bundesländern Programme für junge Menschen vorlegen, die ohne Ausbildungs- und Arbeitsplätze sind. Außerdem müssen die nichtausbildenden Betriebe zur Finanzierung der Berufsausbildung herangezogen werden. Auch hierzu hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag eingebracht.

Kürzere Arbeitszeiten

Die Verkürzung der Arbeitszeit hat für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit besondere Bedeutung. Die Bemühungen der Gewerkschaften um kürzere Arbeitszeit wollen wir Sozialdemokraten durch ein modernes Arbeitszeitgesetz flankieren. Mit diesem Gesetz wollen wir die wöchentliche Arbeitszeit an die Tarifwirklichkeit heranführen und die Zahl der zulässigen Überstunden eng begrenzen. Auch hier kann die SPD an entsprechende Initiativen der SPD-

Bundestagsfraktion aus dieser Legislaturperiode anknüpfen. Die Bundestagsfraktion hat bereits 1983 den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes, mit dem die bestehende Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 abgelöst werden soll, im Deutschen Bundestag eingebracht. Dieser Entwurf ist aber ebenso wie unser Gesetzentwurf über Zuschüsse zum tariflichen Vorruhestandsgeld von der Mehrheit von CDU/CSU und FDP abgelehnt worden.

Soziale Gestaltung des technischen Wandels

Die technische Entwicklung führt nicht von selbst zu gesellschaftlichem Fortschritt, zu mehr Sicherheit, Freiheit und Menschlichkeit. Im Gegenteil: sie kann Arbeitsplätze vernichten, die Arbeitsteilung weitertreiben und menschliche Arbeit ihres Sinnes entleeren. Die technische Entwicklung birgt aber auch Chancen, die Qualität von Arbeit und Leben zu verbessern. Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, diese Chancen von Technik zu nutzen und ihre Risiken zu vermeiden.

Mit dem DGB setzen wir uns deshalb für den Ausbau der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Verwaltung ein. Die SPD-Bundestagsfraktion hat Mitte 1985 einen Gesetzentwurf zum Ausbau und zur Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung und im Herbst 1985 einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Bundespersonalvertretungsgesetzes im Deutschen Bundestag eingebracht, um die Mitbestimmung, insbesondere bei Einführung und Anwendung neuer Techniken, zu erweitern. An diese Gesetzentwürfe werden wir in der nächsten Legislaturperiode anknüpfen. Eine soziale Gestaltung des technischen Wandels ohne Mitbestimmung des Betriebs- oder Personalrats bei Einführung und Anwendung neuer Technologien ist für uns undenkbar.

Wir unterstützen auch die Forderungen des DGB nach stärkerer Beteiligung der Gewerkschaften an forschungs- und technologiepolitischen Entscheidungen. Das Programm zur Humanisierung der Arbeit und die sozialen Technikprogramme in einzelnen Ländern müssen fortgeführt und für die Gewerkschaften geöffnet werden. Wir wollen einen von allen gesellschaftlichen Gruppen getragenen Konsens über die Notwendigkeit des technischen Fortschritts. Deshalb treten wir auch für eine gemeinsame Bewertung und Abschätzung der vorhersehbaren Folgen der Technik für den einzelnen und die Gesellschaft durch wissenschaftliche und parlamentarische Einrichtungen ein.

Gesicherte Arbeits- und Lebensverhältnisse für alle

Die amtierende Bundesregierung hat wie keine Bundesregierung vor ihr Arbeitnehmerrechte abgebaut, die betriebliche Interessenvertretung geschwächt und das gewerkschaftliche Streikrecht ausgehöhlt. Mit dem sogenannten Beschäftigungsförderungsgesetz hat sie den allmählichen Umbau des Arbeitsmarktes gefördert und an die Stelle von Dauerarbeit instabile Beschäftigungen wie befristete Arbeit, Leiharbeit und ungeschützte Teilzeitarbeit

treten lassen. Wir Sozialdemokraten haben diesen Abbau von Arbeitnehmerrechten ebenso wie die Aushöhlung des Streikrechts mit allen parlamentarischen Mitteln bekämpft. Aber: Wir haben uns nicht allein auf die parlamentarische Abwehr beschränkt. Wir haben vielmehr eigene Initiativen ergriffen, um die Rechte der Arbeitnehmer auszubauen, mehr Demokratie in den Betrieben zu verwirklichen und die Mitbestimmung zu erweitern. Wir haben im Deutschen Bundestag Gesetzesvorschläge zum stärkeren Schutz von Teilzeitbeschäftigten und zur erleichterten Eingliederung von Schwerbehinderten eingebracht. Und durch eine Gesetzesinitiative zur Vereinheitlichung der Kündigungsfristen von Arbeitern und Angestellten wollen wir das Zweiklassen-Recht im Arbeitsrecht beseitigen.

An diesen Initiativen halten wir Sozialdemokraten fest. Wir wollen Demokratie und Sozialstaat auch am Arbeitsplatz erfahrbar machen.

Die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte durch das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz und die Verschlechterung des Schwerbehinderten- und Jugendarbeitsschutzes wollen wir nach der Bundestagswahl rückgängig machen. Wir wollen auch verstärkt die illegale Beschäftigung bekämpfen und den Mißbrauch der Leiharbeit verhindern.

Reform der sozialen Sicherung

Zu gesicherten Arbeits- und Lebensverhältnissen für die Arbeitnehmer und ihre Familien gehört eine umfassende soziale Sicherung. Für uns Sozialdemokraten steht die Sicherung im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Auf sie bleiben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen. Es ist deshalb notwendig, die überfälligen Reformen der sozialen Sicherung anzupacken.

Besonders groß ist der Reformbedarf in der Alterssicherung. Hier sind die zu erwartenden Finanzierungsschwierigkeiten am größten, weil sich die Massenarbeitslosigkeit und die Bevölkerungsentwicklung unmittelbar auf die Alterssicherung auswirken. Wir Sozialdemokraten haben als erste Partei im Deutschen Bundestag ein geschlossenes Rentenreformkonzept vorgelegt. Dieses Konzept wird unsere Haltung auch in der nächsten Legislaturperiode bestimmen:

- Wir halten an der lohn- und damit beitragsbezogenen Rente fest. Die Rente ist der Alterslohn für die erbrachte Lebensleistung und muß den Lebensstandard im Alter sichern. Renten und verfügbare Arbeitnehmereinkommen müssen sich gleichgewichtig entwickeln.
- Wir wollen das Kindererziehungsjahr in der Rentenversicherung allen Müttern zugute kommen lassen. Die bestehenden Ungerechtigkeiten für ältere Mütter und berufstätige Eltern werden wir nicht hinnehmen. Unser Rentenreformgesetz von 1984 sah ein zusätzliches Kindererziehungsjahr für alle Mütter in der Rentenversicherung vor; daran halten wir fest.
- Mit dem DGB treten wir auch für eine Harmonisierung der verschiedenen

Systeme der Alterssicherung ein. Eine schrittweise Angleichung der Alterssicherung von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Selbständigen soll sicherstellen, daß gleiche soziale Tatbestände in allen Alterssicherungssystemen auch zu gleichwertigen Leistungen und Belastungen führen.

- Zur dauerhaften Sicherung der Rentenfinanzen müssen die Lasten aus dem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung sozial ausgewogen auf Beitragszahler, Rentner und Staat verteilt werden; wir brauchen eine neue Rentenformel und einen höheren Bundeszuschuß an die Rentenversicherung.
- Und: Die Bundesanstalt für Arbeit muß wieder in den Stand gesetzt werden, für ihre Leistungsbezieher volle Rentenversicherungsbeträge zu zahlen.

Darüber hinaus wollen wir die Konsequenzen ziehen, die sich für die Finanzierung der Sozialversicherung aus dem technischen und wirtschaftlichen Wandel ergeben. Wir wollen in die Finanzierung der Sozialversicherung auch den Teil der betrieblichen Wertschöpfung einbeziehen, der dem Faktor Kapital zufließt.

Auch im Gesundheitswesen sind Reformen unabweisbar. Nur durch Reformen läßt sich eine gesundheitliche Versorgung sichern, die hochwertig ist und finanzierbar bleibt. Wir Sozialdemokraten sind für eine Gesundheitspolitik, die die Krankheitsursachen bekämpft. Deshalb wollen wir die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen bewahren und den allgemeinen Gesundheitsschutz ausbauen. Gesundheitsvorsorge, Gesundheitsaufklärung und Rehabilitation sind auch für uns zentrale Aufgaben des Gesundheitswesens. Deshalb muß einer umfassenden Vorbeugung der gleiche Rang wie der kurativen Medizin eingeräumt werden.

Die Regierung Kohl hat die bestehenden Strukturdefizite im Gesundheitswesen nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen. Im Gegenteil: Sie hat zugelassen, daß die Arzneimittelpreise sowie die Preise für Heil- und Hilfsmittel wieder steil in die Höhe gingen, Ärzte und Zahnärzte kräftige Honorarverbesserungen erhielten und die Ausgaben der Krankenkassen doppelt so schnell stiegen wie ihre Einnahmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist in der auslaufenden Legislaturperiode für ein Konzept eingetreten, das eine dauerhafte Stabilisierung der Beiträge und auf längere Sicht auch deren Senkung ermöglicht, ohne die Gesundheitsversorgung zu verschlechtern. Mit entsprechenden Gesetzesinitiativen, etwa im Bereich der Arzneimittelversorgung, haben wir versucht, dem Hauptmangel des Gesundheitswesens zu Leibe zu rücken, nämlich dem Kräfteungleichgewicht zwischen den Leistungserbringern und Vertretern der Interessen von Versicherten und Patienten.

Mit diesen Initiativen wollten wir der Selbstverwaltung der Krankenkassen mehr Einfluß geben, um die Leistungsfähigkeit des Gesundheitswesens zu sichern. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode an diese Initiativen anknüpfen, um die Stellung der Krankenkassen als Verhandlungs- und Vertragspartner zu stärken.

Auch die bessere Absicherung bei Arbeitslosigkeit bleibt eine zentrale sozialpolitische Aufgabe. Der Sozialabbau der Regierung Kohl in den Jahren 1982, 1983 und 1984 hat zu einer neuen Armut, besonders unter Arbeitslosen, geführt. Inzwischen erhalten nahezu 40 Prozent der registrierten Arbeitslosen überhaupt keine Leistungen mehr aus der Arbeitslosenversicherung. Immer mehr Arbeitslose sind auf Sozialhilfe angewiesen. Mit einem Gesetzentwurf zur Wiederherstellung eines ausreichenden Schutzes bei Arbeitslosigkeit hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits im letzten Jahr verlangt, daß die unsozialen Leistungskürzungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe rückgängig gemacht werden und die Bezugsdauer für den Anspruch auf Arbeitslosengeld verlängert wird. An diesen Forderungen halten wir fest. Auf mittlere Sicht treten wir auch für die Einführung einer einkommensabhängigen sozialen Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit ein. Wir wollen den notwendigen Lebensbedarf bei Arbeitslosigkeit in der Arbeitslosenversicherung selbst abdecken und eine ergänzende Inanspruchnahme von Sozialhilfe überflüssig machen. Die Sozialhilfe wollen wir mit diesem Konzept der sozialen Grundsicherung weitgehend von ihrer Lückenbüßerfunktion für eine unzureichende soziale Sicherung entlasten. Sie kann sich dann stärker auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen und auf Hilfen zur sozialen Integration in Einzelfällen konzentrieren.

Ausbau der Mitbestimmung

Die weitere Demokratisierung der Wirtschaft ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, ob die sozialen und ökonomischen Chancen für alle genutzt werden. Sie bleibt ein Kernelement sozialdemokratischer Politik. Wir wollen, daß die Arbeitnehmer über die Mitbestimmung an den Entscheidungen und über eine Vermögensbeteiligung am Produktivkapital in der Wirtschaft teilhaben.

Besonders wichtig ist es für uns

- durch eine Mitbestimmung am Arbeitsplatz den Einfluß des Arbeitnehmers auf die Gestaltung seiner eigenen Arbeit zu vergrößern,
- den Betriebs- und Personalräten Mitbestimmungsrechte bei der Einführung und Anwendung neuer Techniken einzuräumen,
- die Montan-Mitbestimmung zu sichern sowie
- die paritätische Mitbestimmung auf alle Großunternehmen auszudehnen.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode an die Gesetzentwürfe der SPD-Bundestagsfraktion zur Sicherung und Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung anknüpfen und entsprechende Gesetzesinitiativen erneut im Deutschen Bundestag einbringen.

Die SPD wendet sich mit dem DGB gegen jeden Versuch, die einheitliche Interessenvertretung in Betrieb oder Verwaltung zu spalten. Deshalb sind wir gegen den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, der lediglich aus wahltaktischen Gründen zurückgestellt

worden ist. Dieser Entwurf soll unter der falschen Flagge des Minderheitenschutzes die einheitliche Interessenvertretung schwächen. Dies lehnen wir ab.

Freie und streikfähige Gewerkschaften - Ausbau der Tarifautonomie

Die deutschen Gewerkschaften haben maßgeblichen Anteil am Wiederaufbau des zerstörten Deutschland und dem erreichten Stand an sozialem Fortschritt. Freie und streikfähige Gewerkschaften bleiben ein Garant für die wirksame Vertretung von Arbeitnehmerinteressen und sozialem Frieden. Dies kann gerade in diesen Wochen nicht deutlich genug hervorgehoben werden. Wer wegen nicht zu bestreitender Fehlentwicklung und Mißmanagements im Fall Neue Heimat einen systematischen Kreuzzug zur Schwächung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften führt, gefährdet die Sozialstruktur und die Stabilität unseres Landes.

Den bisher schwersten Angriff gegen Arbeitnehmer und Gewerkschaften durch die Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes wollen wir nach der Bundestagswahl rückgängig machen. Noch in diesen Tagen werden wir einen Normenkontrollantrag gegen diese Änderung beim Bundesverfassungsgericht einreichen, um die Verfassungswidrigkeit dieses Gesetzes feststellen zu lassen. Um das gewerkschaftliche Streikrecht zu sichern, fordern wir weiterhin die Ächtung der Aussperrung und lehnen den Einsatz von Beamtinnen und Beamten auf bestreikten Arbeitsplätzen ab. Tarifverträge, die die Rechtsstellung der einzelnen Arbeitnehmer sichern und stärken, gibt es nur mit streikfähigen Gewerkschaften. Wir Sozialdemokraten werden uns deshalb allen Versuchen, Gewerkschaftsrechte einzuschränken und abzubauen, weiter mit Nachdruck widersetzen.

Die deutschen Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmer unabhängig von ihren parteipolitischen oder religiösen Überzeugungen und Bedingungen. Diese Einheitsgewerkschaft bejahen und verteidigen wir als eine der wichtigsten Errungenschaften der Nachkriegszeit.

Auch die Tarifautonomie als zentraler Bestandteil des Sozialstaates muß gegen jeden Angriff verteidigt werden. Nur die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse kann der strukturellen Unterlegenheit des einzelnen Arbeitnehmers entgegenwirken.